

P o s t u l a t von Niklaus Scherr (AL)

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob nicht der jährliche Zusatzertrag gegenüber dem Vorjahr oder ein fester Prozentsatz des Ertrags der Ordnungsbussen zweckgebunden für Massnahmen zur Förderung der Verkehrssicherheit zurückgestellt werden kann.

Begründung:

Der Ertrags aus Ordnungsbussen ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Dabei ist verschiedentlich die Kritik geäussert worden, dass die laufende Erhöhung des Bussenertrags vor allem der Alimentierung der Stadtkasse diene und nicht der Verkehrssicherheit. Um diesem nicht durchwegs haltlosen Vorwurf zu begegnen, fordert die schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) die Einrichtung eines speziellen Topfs, mit dem ausschliesslich verkehrssichernde Massnahmen finanziert werden. Im Bund wird derzeit auch das Massnahmenprojekt „via sicura“ zur Hebung der Verkehrssicherheit diskutiert. Hier drohen nach dem jüngsten Bundesratsentscheid Rückschläge, weil die Finanzierung vieler Massnahmen nicht gesichert ist. Die Stadt Zürich könnte hier ein positives Zeichen setzen und den Abzocker-Vorwurf kreativ kontern.

Behandlung mit dem Voranschlag 2006, 2520 Stadtpolizei, Konto 4370.101 Ertrag aus Ordnungsbussen

